

**AntragstellerIn:**

*Referat gegen Antisemitismus*

**Antragsinhalt:**

Der Studierendenrat möge beschließen,  
sich klar gegen antisemitische Boykott-Kampagnen, wie z.B. BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) zu positionieren und sich gegen deren Veranstaltungen und die Durchführung solcher Kampagnen an der Universität Freiburg einzusetzen.  
Demzufolge wird sich der StuRa und kein anderes Organ der verfassten Studierendenschaft an der BDS-Kampagne beteiligen oder assoziierte Formate (Veranstaltungen, Ausstellungen, Demonstrationen, usw.), an der die BDS-Bewegung beteiligt ist, unterstützen.

**Begründung:**

Die Bewegung „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) ruft zu einem kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und akademischen Boykott Israels auf. In ihrem Selbstverständnis bezeichnet sie sich als „truly global movement against Israeli Apartheid“ (vgl. 1), im deutschen Kontext wird die Bewegung auch gerne von ihren Unterstützer\*innen als „friedliche Initiative der palästinensischen Zivilgesellschaft“ bezeichnet (vgl. 2).  
Dies trifft in keinsten Art und Weise zu!

Der Vorwurf, dass Israel ein Apartheidsstaat sei, ist nicht haltbar:

„[...] Der Begriff Apartheid bezeichnet die Ideologie der grundsätzlichen Rassentrennung. 20% der israelischen Bevölkerung sind arabisch-stämmige Israelis – größtenteils muslimischen Glaubens – und der jüdischen Bevölkerung rechtlich gleichgestellt. Der Vergleich mit einer zutiefst verachtenden, rassistischen Segregation, in der Minderheiten ohne jegliche Rechte und von der Mehrheitsbevölkerung isoliert ein menschenunwürdiges Dasein fristen, zielt demnach ausschließlich auf die Dämonisierung und Delegitimierung des Staates Israels ab.

Fakt ist, dass Israel das einzige demokratische unter 21 Ländern im Nahen Osten ist. Es herrschen das Wahlrecht, Handlungs-, Rede-, Religions- und Pressefreiheit für jeden einzelnen Bewohner. Die Gleichstellung der Frau, die Akzeptanz von Homosexualität oder das Zusammenleben ohne Trauschein gehören zum demokratischen Verständnis des israelischen Staatskonstrukts. Die muslimische Bevölkerung Israels könnte in keinem anderen Land des Nahen

Ostens über diese Rechte verfügen.

Weiterhin: Durch den Boykott israelischer Produkte soll ein Zeichen gesetzt und vor allem die arabisch-stämmige Bevölkerung sowie die Bewohner der palästinensischen Autonomiegebiete geschützt werden. Letztendlich gefährdet der Boykott jedoch genau deren Existenz z.B. durch den Verlust von Arbeitsplätzen.“ (vgl. 3)

Der Boykott in Form der Ausladung israelischer Wissenschaftler\*innen von Fachkonferenzen ist eine offen antisemitische Maßnahme und steht dem Verständnis von der Wichtigkeit des akademischen Austausches und der internationalen Zusammenarbeit für die Wissenschaft diametral gegenüber. Das Auflösen oder Verhindern von Kooperationen mit israelischen Wissenschaftler\*innen und wissenschaftlichen Institutionen aus antisemitischen Intentionen heraus ist nicht nur untragbar, sondern auch ein Eingriff in die akademische Freiheit.

Akademische Freiheit ist und bleibt ein hohes Gut, das international existieren muss.

Hinzu kommt, dass die BDS-Kampagne auch den Boykott auf so gut wie jeder anderen gesellschaftlichen Ebene fordert und sie nicht zuletzt sehr stark an die „Kauft-nicht-bei-Juden“-Mentalität des Dritten Reiches erinnert. BDS fordert den Abbruch aller Beziehungen zum Staat Israel, dies geht vom privaten Konsum, über Sport bis hin zu interreligiösem Austausch.

Die BDS-Kampagne ist kein friedliches politisches Mittel, sie ist eine demagogische und in vielerlei Hinsicht antisemitische Kampagne, welcher kein Raum gewährt werden darf.

1 vgl. URL: <https://bdsmovement.net/what-is-bds> [Stand: 30.01.2017]

2 vgl. <http://cafepalestinefreiburg.blogspot.de/2017/01/cafe-palestine-freiburg-freut-sich-auf.html> [Stand: 30.01.2017]

3 [https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/broschucre-aktionswochen\\_final.pdf](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/broschucre-aktionswochen_final.pdf) [Stand: 30.01.2017]

## **Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).